

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

EWU: ist Deutschland vorbereitet?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1997) : EWU: ist Deutschland vorbereitet?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 9, pp. 490-491

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137521>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

EWU: Ist Deutschland vorbereitet?



Hans-Eckart Scharrer

Die Europäische Währungsunion (EWU) wird pünktlich am 1. Januar 1999 beginnen. Daran dürfte nach der Entwicklung der Konvergenzdaten wichtiger EU-Länder kaum ein Zweifel mehr bestehen. Wie gut ist die Bundesrepublik Deutschland für die Teilnahme gerüstet? Die Diskussion über diese Frage war bisher weitgehend auf das Thema verengt, ob Deutschland die Fiskalkriterien, und hier insbesondere das Defizitkriterium von 3% des BIP, erfüllen wird. Dies ist jedoch nur die Voraussetzung für den Eintritt in die Währungsunion. Bedeutsamer ist, wie die deutsche Wirtschaft sich unter den veränderten Rahmenbedingungen der Währungsunion mittel- und langfristig entwickeln wird. Gibt es im Hinblick auf die EWU wirtschaftspolitischen Anpassungsbedarf (auch) in Deutschland?

Diese Frage wird explizit kaum je gestellt und implizit eher verneint. Die Bundesregierung vermittelt den Eindruck, als führe die Währungsunion durch den Wegfall des DM-Aufwertungsrisikos hier automatisch zu mehr Investitionen, Wachstum und Beschäftigung. Kritiker der Währungsunion bezweifeln dies zwar mit dem Hinweis darauf, daß die Schließung des Wechselkursventils die ökonomischen Fehlentwicklungen selbst nicht beseitige und daß diese sich andere Ventile suchen würden. Probleme werden aber in erster Linie in den europäischen Partnerländern, nicht in der Bundesrepublik ausgemacht. So wird (durchaus zu Recht) argumentiert, daß eine Fortsetzung der bisherigen Praxis vergleichsweise hoher Nominallohnsteigerungen in den Ländern der südlichen Peripherie dort zu Beschäftigungseinbrüchen führen müßte, wenn die Möglichkeit kompensierender Abwertungen nicht mehr gegeben ist. Für die Bundesrepublik wird ein Risiko vor allem darin gesehen, daß die deutsche Wirtschaft durch wachsende Transferleistungen an die „unsoliden“ Nachbarländer, höhere Inflationsraten und steigende Zinsen in eine Mithaftung genommen werden könnte.

Diese Betrachtungsweise greift freilich zu kurz. Der Übergang zur Währungsunion bedeutet eine revolutionäre Umgestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Der einheitliche Währungsraum gewinnt eine kontinentale Dimension. Dies führt zu gesteigerter Preis- und Kostentransparenz und neuen Wettbewerbsbedingungen in Europa und gegenüber dem Rest der Welt. Bei intensiverem Wettbewerb auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten und zunehmender Arbeitskräftemobilität wird auch der europäische Lohnzusammenhang enger. Die Geldpolitik wird von der Europäischen Zentralbank nach europäischen Kriterien und nicht länger von der Bundesbank nach nationalen Erfordernissen gesteuert. Die nationale Finanzpolitik unterliegt den restriktiven Bedingungen des Stabilitätspaktes und den Zwängen des verschärften europäischen Standortwettbewerbs. Und der europäische Finanzmarkt schafft neue Finanzierungsbedingungen für Unternehmen, Anleger und Finanzinstitute. Diese Umwälzungen sind von unmittelbarem Einfluß auch auf die Bundesrepublik.

Mit ihrer zentralen Lage in Europa, ihrer guten Infrastruktur, ihrer Tradition von Geldwertstabilität und dem weitgehenden Wegfall des Aufwertungsrisikos gegenüber anderen EU-Ländern befindet sich die Bundesrepublik durchaus in einer günstigen Ausgangsposition für die Währungsunion. Die Tradition hoher Geldwertstabilität – gern als deutsche Stabilitätskultur gefeiert – läßt auf den ersten Blick erwarten, daß die deutsche Wirtschaft in einer auf dieses Ziel gerichteten EWU keine Probleme haben wird. Der Wegfall des Aufwertungs-

risikos – voll wirksam freilich erst in einer „großen“ Währungsunion – verbessert die Bedingungen für Investitionen in das Realkapital und begünstigt tendenziell die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Zugleich sind die Schwächen des Standorts nicht zu übersehen. Der seit 1992 anhaltende Beschäftigungsrückgang ist Beleg für die Verkrustung der Arbeitsmärkte und falsche Anreizsysteme; bei den Arbeitskosten liegt die Bundesrepublik in Europa an der Spitze, im internationalen Steuer- und Abgabewettbewerb ist sie in den letzten Jahren zurückgefallen, ausländische Direktinvestitionen in der EU fließen bevorzugt in andere Länder.

Es ist daher noch keineswegs ausgemacht, daß die Einbettung in einen einheitlichen Währungsraum die Neigung zu Investitionen am Standort Deutschland wirklich stärkt. Die Bildung dieses Währungsraumes wird zweifellos zu einer Neubewertung von Investitionsentscheidungen führen. Gegenüber Ländern, die an der Währungsunion nicht teilnehmen, sollte der Euro-Raum an Attraktivität gewinnen. Wohin die Investitionen aber letztlich fließen werden, ist durchaus noch offen. Die Einebnung des Zinsgefälles begünstigt tendenziell die Partnerländer, die bisher gegenüber der Bundesrepublik einen zinsbedingten Standortnachteil hatten. Und auch der Transparenzgewinn, den die Währungsunion mit sich bringt, muß nicht notwendigerweise zu Lohnaufholprozessen in Niedriglohnländern führen und damit die Bundesrepublik begünstigen. Er kann auch gegen die Bundesrepublik ausschlagen, wenn Löhne und Lohnnebenkosten unmittelbar in Euro vergleichbar werden.

Der Übergang der geldpolitischen Kompetenz von der nationalen auf die europäische Ebene wird ein Test für die deutsche „Stabilitätskultur“ sein. Wird es gelingen, Lohnzurückhaltung – als Voraussetzung für eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungssituation – auch dann zu üben, wenn die Bundesbank nicht länger als „Tugendwächter“ drohend im Hintergrund steht, bereit, zur Disziplinierung notfalls auch eine Stabilisierungskrise zu riskieren? Die Europäische Zentralbank kann auf Fehlentwicklungen einzelner Länder jedenfalls nicht (so kräftig) reagieren, sie muß sich an europäischen Daten orientieren. Die Erfahrungen der letzten Jahre sind nicht so positiv, daß die Frage schon heute überzeugend mit „Ja“ beantwortet werden könnte. Lohnsteigerungen, die ungeachtet der deutschen Spitzenposition bei Löhnen und Arbeitskosten, ungeachtet der DM-Aufwertungen in den Jahren 1992 bis 1995 und ungeachtet der Beschäftigungsrückgänge höher waren als in einer Reihe von Partnerländern, lassen Zweifel daran aufkommen, ob die überkommenen Flächentarifverträge in der Bundesrepublik den Herausforderungen der Währungsunion bei hoher Arbeitslosigkeit noch gerecht werden.

Klar ist: Die Tarifpartner werden sich künftig ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung nicht mehr mit Verweis auf Aufwertungen, die außerhalb ihrer Kontrolle standen, entziehen können. Die auch in Deutschland im Hinblick auf die Währungsunion erhobene Forderung, der EU beschäftigungspolitische Kompetenzen zu übertragen, ist der Versuch, diese Verantwortung aufs neue abzuwälzen. Diese Forderung kann nur ablenken von dem, was tatsächlich geboten ist, um die Bundesrepublik für den schärferen Standortwettbewerb in der EWU fit zu machen: eine stärkere Dezentralisierung der Lohnfindungsprozesse und der Abbau von Regulierungen am Arbeitsmarkt. Ein Irrweg ist deshalb auch der Versuch, einheitliche Mindestlöhne gegen den Markttrend durchzusetzen und Lohnsenkungsprozesse zu kriminalisieren, wie dies derzeit im Zusammenhang mit dem Entsendegesetz praktiziert wird. Notwendige Anpassungsprozesse lassen sich auf diese Weise zwar verzögern, aber nicht vermeiden.

Erfolgversprechender als derartige Defensivstrategien ist ein offensives Herangehen an die Herausforderungen der Währungsunion; Herausforderungen, die im übrigen auf der Linie liegen, welche auch der Globalisierungsprozeß mit sich bringt. Dazu gehört neben den erwähnten Reformen am Arbeitsmarkt auch der Abbau von Investitions- und Beschäftigungshemmnissen durch eine zielgerichtete Steuer- und Abgabepolitik; die Förderung der regionalen, sektoralen und qualifikatorischen Mobilität durch die Setzung von Anreizen und den Abbau von Mobilitätsschranken; die Entwicklung eines leistungsfähigen Marktes für „venture capital“ für kleine und mittlere Unternehmen; und ein neues Deregulierungsprogramm mit dem Ziel, die wirtschaftliche Betätigung auf breiter Front zu fördern. Auf diese Weise kann die Währungsunion zugleich zu einem Fitneßprogramm für die deutsche Wirtschaft werden.